

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Juli 2018

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion, 2018-05-25

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Norman Paech: Die Ohnmacht des Völkerrechts**
- **Gerhard Fulda: Moral, Religion und Völkerrecht im Nahen Osten**
- **Fritz Edlinger: Palästina nicht vergessen!**
- **Wir werden die Kriegsspiele beenden**
- **Solidarwerkstatt: So ein Schlitzohr, dieser Putin!**
- **Felix Werdermann: Abrüstung: Die den Knall nicht hören**
- **Urs Hafner: So wird Rassismus wissenschaftlich legitimiert**
- **Paul Schreyer: Weshalb direkte Demokratie nicht im Grundgesetz steht**
- **Helmut Lorscheid: Change.org oder Bundestag?**
- **Guy Mettan: Die Geschichte einer Medienkampagne: Die Genfer Affäre um die syrischen Weißhelme**

Zitat des Monats von [Albert Schweitzer](#):

**Ich bekenne mich zu der Überzeugung,
dass wir das Problem des Friedens nur lösen können,
wenn wir den Krieg aus einem ethischen Grunde,
weil er uns der Unmenschlichkeit schuldig werden lässt, verwerfen.**

Editorial

Ein Schwerpunktthema dieser Ausgabe ist **Palästina / Israel**, das von mehreren Seiten beleuchtet wird. Norman Paech betont vor allem, warum es aus palästinensischer Sicht wichtig ist, trotz der derzeitigen Realität an einer Zwei-Staaten-Lösung festzuhalten. Gebhard Fulda zeigt eine Möglichkeit für eine Zwei-Staaten-Lösung auf, über die zumindest nachgedacht werden sollte. Fulda zeigt auch auf, welche Möglichkeit Deutschland hat, auf eine Lösung im Sinne des Völkerrechts zu dringen. Fritz Edlinger ordnet in einem Interview den jahrzehntealten Konflikt historisch ein und beschreibt die zur Zeit eher geringen, aber vorhandenen Möglichkeiten hilfreich einzugreifen.

Ein weiterer Schwerpunkt betrifft die **internationalen Beziehungen**. Das von manchen eher belächelte Treffen der Präsidenten Kim und Trump wird mit einem Link auf das von beiden unterzeichnete Dokument vorgestellt, damit wir nicht nur den Kommentatoren glauben, sondern uns selbst ein Bild machen können. Trotzdem sollten wir auch zur Kenntnis nehmen, wo zumindest in 2017 am stärksten aufgerüstet wurde (USA, EU), und wo für das Militär weniger ausgegeben wurde (Russland). Dass auch Deutschland seinen Sitz im UN-Sicherheitsrat wohl nicht zur atomaren Abrüstung nutzen wird, bedauert Felix Werdermann.

Ein Thema, welches uns auch in Zukunft begleiten wird, ist die **Digitalisierung** des gesellschaftlichen Lebens. Am Beispiel des Justizwesens zeigt dies Mireille Hildebrandt im Interview mit Urs Hafner auf. Aber auch im Gesundheitswesen ist der Trend zu beobachten. Es wird deutlich, dass das Ersetzen persönlicher Beziehungen durch Datensammlungen die Menschenwürde und damit auch die Demokratie gefährden!

Allerdings wurde bereits zu Beginn der Bundesrepublik unsere **Demokratie** nur unvollkommen konstruiert, woran Paul Schreyer erinnert. Helmut Lorscheid verweist immerhin auf wenig bekannte Möglichkeiten der Einflussnahme in unserer Demokratie. Andererseits zeigt Guy Mettan auf, welche Möglichkeiten in unserer Demokratie auch bestehen, die Pressefreiheit zu behindern.

[Inhalt](#) ↑

• Norman Paech: **Die Ohnmacht des Völkerrechts**

Norman Paech stellt zum israelisch-palästinensischen Konflikt fest, dass sich israelische Regierung und israelische Armee weder [um das Völkerrecht scheren](#) noch für irgendeines der begangenen Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt wurden. Klagen von palästinensischer Seite werden seitens Israel nicht anerkannt.

Aber obwohl sich Israel nicht an das Völkerrecht hält, zieht es dieses als Legitimation seiner Besatzung und militärischen Interventionen heran. So beruft sich Israel auf das Recht der Selbstverteidigung, obwohl es von niemandem angegriffen wird. Oder Israel beruft sich auf seine völkerrechtliche Anerkennung, wenn es wegen seiner völkerrechtswidrigen Besatzung in Palästina kritisiert wird oder den Widerstand der Palästinenser bekämpft.

Die PLO weiß zwar, dass unter den heutigen Umständen keine Zwei-Staaten-Lösung möglich ist, aber sie müssen sich auf diese Lösung fixieren. Nur so kann sie in den Institutionen und Organisationen der UNO für ihre Rechte kämpfen und die Staaten zum Handeln auffordern. Gibt sie diese Position auf und akzeptiert sie den Status quo eines jüdisch-palästinensischen Staates, hat sie keine Möglichkeit mehr, sich auf das Völkerrecht zu berufen und in der UNO aufzutreten.

[Norman Paech](#), Jg. 1938, emeritierter Hochschullehrer für politische Wissenschaft; Mitglied in der 'Vereinigung demokratischer Juristinnen und Juristen' (VDJ), im 'Bündnis zur Beendigung der israelischen Besatzung e. V.', im Wissenschaftlichen Beirat der [IALANA](#), im [IPPNW](#), bei Attac und im Auschwitz-Komitee. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Gerhard Fulda: **Moral, Religion und Völkerrecht im Nahen Osten**

Gegen Chaos und ungezügelte Gewalt kann sich ein Rechtssystem nur mit einer "institutionellen Autorität" durchsetzen. Diese Autorität hat das Völkerrecht im Unterschied zum nationalen Recht nicht. Interessengeleitete "Realpolitik" schiebt daher die als lästig empfundenen Einschränkungen der staatlichen Handlungsfreiheit häufig beiseite. Eine Unterwerfung unter Ansätze internationaler Gerichtsbarkeit ist nicht erzwingbar.

Insbesondere [Israel verweigert sich dem Gewaltverbot des Völkerrechts](#). Dies geschieht wohl in dem Versuch, die jüdische Heimstatt im Nahen Osten abzusichern. Aber auch Deutschland schadet dem Völkerrecht, wenn es einerseits Israel gegenüber nicht klar ausspricht, dass es sich nicht in einem rechtsfreien Raum bewegen dürfe, und andererseits die moralisch begründete Empathie für das Leiden der Palästinenser verdrängt. Damit verstößt die Bundesregierung gegen Art. 25 des Grundgesetzes.

Aus der moralischen Bewältigung unserer Vergangenheit heraus kann der Kern der historischen Verantwortung Deutschlands nach Dr. Gerhard Fulda nur darin liegen, das jüdische Volk bei der Erhaltung der Selbstbestimmung in Form eines Rechtsstaates Israel zu unterstützen. Dabei darf es keine Annexion, keine Vertreibung und keine Apartheid, d.h. keinen Zwang sondern nur freiwillige Entscheidungen geben.

"Wenn Israel sich ernsthaft bereitfinden würde, eine Zwei-Staaten-Lösung zu akzeptieren, dann sollte es denkbar sein, eine gewisse Zahl arabischer Israelis mit sehr großzügiger finanzieller Hilfe zu einem Umzug nach nebenan zu ermuntern. Genauso, wie man Geld in die Hand nehmen könnte, um die jüdischen Siedler zur Rückkehr nach Israel zu bewegen." Dabei könnte ein ausgehandelter Gebietsaustausch an den Rändern der Waffenstillstandslinie von 1967 helfen.

Eine deutsche Politik auf ausdrücklich moralischer Basis ließe auch das Anprangern von israelischen Verletzungen des Völkerrechts zu, ohne wegen des Holocaust einbrechen zu müssen, ohne ein Existenzrecht anzuerkennen. So könnten in Zukunft mit Zustimmung Deutschlands seitens der EU Sanktionen bei Verletzung des Völkerrechts durch Israel verhängt werden. Die deutsche Zustimmung dazu wäre die Konsequenz der historischen Verantwortung.

[Gerhard Fulda](#), Jg. 1939, studierte Rechtswissenschaften in Deutschland und Ägypten; war als Diplomat in der deutschen Botschaft in Kairo, als Diplomat in Marokko und Saudi-Arabien sowie als Botschafter in Indonesien und Osttimor; Im Ruhestand tätig bei der Deutsch-Arabischen-Gesellschaft, der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft; Mitbegründer des 'Bündnisses zur Beendigung der israelischen Besatzung'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Fritz Edlinger: **Palästina nicht vergessen!**

In Vortrag und Interview hat Fritz Edlinger, Generalsekretär der Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen und Autor verschiedener Bücher zu Palästina, Libyen und Syrien, [die historischen Daten und Zusammenhänge der bewegten Geschichte Palästinas](#) dargestellt, ohne deren Kenntnis die heutige Situation in dieser Region nicht verstanden werden kann.

Die Wurzeln des Konflikts in Palästina reichen zumindest in die Jahre 1947 bzw. 1948 zurück, als 750'000 Palästinenser vertrieben wurden. Das so begangene Unrecht wird von Israel bis heute von sich gewiesen bzw. als freiwillige Flucht dargestellt. Diese völlig unterschiedliche Sicht der historischen Ereignisse ist nach wie vor eines der Haupthindernisse für faire Verhandlungen. Ein

weiteres Hindernis ist die arrogante, kompromisslose und auch rassistische israelische Führung, die mit ihrer Politik nachhaltig Völker- und Menschenrecht verletzt und hierbei von den USA bedingungslos unterstützt wird. Die Haltung der Europäer sei widersprüchlich und inkonsequent, da sie Israel einen Sonderstatus einräumen. Edlinger fürchtet, dass sich die Europäer der Haltung der USA annähern werden.

Die Palästinenser haben kaum Fürsprecher auf dem internationalen Parkett, innerlich gespalten und von vielen arabischen Ländern im Stich gelassen. Daher werden sich die Palästinenser auf eine weitere lange Durststrecke einstellen müssen. Hoffnung macht die jüngste palästinensische Bewegung, der sich auch israelische Palästinenser angeschlossen haben und deshalb Israel als gefährlich erscheint.

Friedensbewegte demokratische Bürger können den Palästinensern helfen, indem sie sich der israelischen Propaganda widersetzen und die Wahrheit über die Zustände in Palästina einfordern und auch die Einhaltung des Atomabkommens mit dem Iran einfordern. Dessen Aufkündigung verschärft die Spannungen im Nahen Osten zu Lasten der Palästinenser. Zudem gibt es viele Organisationen, bei deren Hilfsprojekten für Palästina Unterstützung gewährt werden kann.

Fritz Edlinger, Jg. 1948, studierte Geschichte, Germanistik und Politikwissenschaften, arbeitete als Pressereferent, Verleger, PR-Berater und Konsulent bei verschiedenen Firmen; seit 1996 Generalsekretär der Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen (GÖAB) und politische Funktionen; Herausgeber der Zeitschrift INTERNATIONAL und verschiedener Bücher. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• Wir werden die Kriegsspiele beenden

Bei ihrem Gipfeltreffen in Singapur haben sich US-Präsident Donald Trump und Nordkoreas Präsident Kim Jong-un sowie deren Außenminister soweit verständigen können, dass auf der anschließenden Pressekonferenz von Trump [das Ende der Militärmanöver angekündigt](#) (inkl. Video mit Donald Trumps Erklärung nach dem Gipfeltreffen, 1h06; mit deutscher Synchronübersetzung) und von Kim Jong-un von einem großen Wandel gesprochen wurde.

Dem unterzeichneten Dokument zufolge verständigten sich beide u.a. auf gemeinsame Bemühungen zu einem dauerhaften Frieden und einer vollständigen Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel. - Die NRhZ dokumentiert den [Wortlaut der Erklärung in Deutsch und Englisch](#).

Das [Treffen wird auch von Willy Wimmer begrüßt](#). Aber es müsse abgewartet werden, was die Nebenregierung im US-Kongress an Entwicklung zu einer Entspannung gegenüber Nordkorea real zulasse.

[Inhalt](#) ↑

• Solidarwerkstatt: So ein Schlitzohr, dieser Putin!

Das schwedische Friedensforschungsinstitut SIPRI veröffentlicht jährlich [Zahlen über die internationalen Rüstungsausgaben](#). Demnach geben allein die EU-Staaten deutlich mehr Geld für Rüstung aus als China und ungefähr viermal mehr als Russland. Addiert man die Rüstungsausgaben von EU, USA und anderen West-Alliierten, so liegen diese viermal höher als die von China und Russland zusammen. China hat seine Ausgaben 2017 gegenüber 2016 um 12 Mrd. Dollar gesteigert, der Westen um 37 Mrd. Dollar und Russland hat seine um 3 Mrd. Dollar gekürzt. "So ein Schlitzohr, dieser Putin! Der rüstet einfach ab!" meint die österreichische 'Solidarwerkstatt'.

Die '[Solidarwerkstatt](#)' ist eine antimilitaristische Initiative, die für ein aktiv neutrales Österreich und eine solidarische Gesellschaft eintritt und die EU als Instrument von Großkonzernen und des Militärs ablehnt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Felix Werdermann: **Abrüstung: Die den Knall nicht hören**

Deutschland wird von 2019 bis 2020 Mitglied im UN-Sicherheitsrat sein. Der Autor zweifelt angesichts der bisherigen deutschen Politik daran, dass die Bundesregierung dort das ["Engagement für Frieden und Sicherheit weltweit" an die erste Stelle](#) setzen wird.

So redet Berlin zwar davon, das "Ziel unserer Politik ist eine nuklearwaffenfreie Welt", aber das UN-Atomwaffenverbot wird mit fadenscheinigen Begründungen nicht ratifiziert, obwohl zwei Drittel der Bürger für eine Unterzeichnung sind. Außenminister Heiko Maas sollte nicht weiter den Atommächten hinterherlaufen.

[Felix Werdermann](#), Jg. 1989, studierte Politikwissenschaft und Mathematik, arbeitet als freier Journalist und engagiert sich ehrenamtlich bei [ICAN](#). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Urs Hafner: **So wird Rassismus wissenschaftlich legitimiert**

Wie korrelieren Autofarbe und Steuerhinterziehung? Justiz und Polizei greifen vermehrt auf statistische Prognoseinstrumente zurück. In den USA und in vielen Staaten Europas benutzen Justiz und Polizei zunehmend Programme, mit denen [aufgrund von Prognosen und Korrelationen Überwachungen und sogar Entscheidungen und Urteile beeinflusst](#) werden. Wer aufgrund der Prognosen als verdächtig oder rückfallgefährdet gilt, wird überwacht, muss länger ins Gefängnis und bekommt keine Bewährungshilfe. Die Fairness wird mit Füßen getreten, stellt Mireille Hildebrandt im Gespräch mit Urs Hafner fest

Wir sind daran, unseren Rechtsstaat Computerspezialisten und Ingenieuren auszuliefern. Hildebrandt sieht darin weniger einen totalen Überwachungsstaat am Werk als vielmehr eine datengetriebene Willkür gegenüber dem Individuum. So findet eine "wissenschaftlich objektive" Vorverurteilung des Individuums statt, und es werden auch rassistische Stereotypen "wahr". Wir gehen damit das Risiko ein, den Rechtsstaat aufzugeben.

Derselbe Trend ist [auch bereits im Gesundheitswesen zu beobachten](#). Google hat eine Software entwickelt, mit der Krankheitsdiagnosen bis hin zu Todeswahrscheinlichkeiten in individuellen Krankheitsfällen präziser vorausgesagt werden könnten als durch ärztliche Prognosen. Google möchte seine Diagnose-Algorithmen weiterentwickeln und durch Verkauf an Krankenhäuser ein Geschäftsmodell etablieren. In Großbritannien wurde bereits erlaubt, dass für die Weiterentwicklung der Software Patientendaten ausgewertet werden, ohne dass die Patienten um Erlaubnis gefragt worden sind. Nicht nur Datenschützer sehen diese Google-Software kritisch. So befürchten Ärzte, dass die [Google-Recherche ein Drittel der Patienten verwirre](#). Ein anschließendes offenes Gespräch mit dem Arzt sei daher wichtig. An anderer Stelle wird berichtet, dass [nur ein Drittel der Google-Diagnosen auch stimmt](#). Auch bei einer mit medizinischen Daten von 300'000 Patienten trainierten Analyse-Software waren [nur 30% der Diagnosen zutreffend](#).

Wir sehen in diesen Tendenzen im Rechtswesen, im Gesundheitswesen, evtl. auch in weiteren Bereichen eine gefährliche Entwicklung, durch welche die persönliche menschliche Beziehung systematisch aus dem gesellschaftlichen Leben verdrängt und durch eine von den Betroffenen und Beteiligten nicht durchschaubare "künstliche Intelligenz" ersetzt werden soll oder bereits wird. (Red.)

Mireille Hildebrandt leitet ein [europäisches Forschungsprojekt zu "computational law"](#). Die niederländische Rechtswissenschaftlerin, die zunächst Kulturanthropologie studierte, lehrt an der Freien Universität Brüssel. Ihr jüngstes Buch heißt ["Smart Technologies and the End\(s\) of Law"](#) und erschien 2015. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Paul Schreyer: **Weshalb direkte Demokratie nicht im Grundgesetz steht**

Mit Blick auf die deutsche Geschichte ist das Grundgesetz ohne Frage ein freiheitlicher und rechtsstaatlicher Höhepunkt. Dennoch enthält es gravierende demokratische Defizite, die mit den heiklen, oft ausgeblendeten Umständen seiner Entstehung zu tun haben.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war Deutschland militärisch von fremden Mächten besetzt und in keiner Weise souverän. Die Westmächte mit den USA an der Spitze hatten kein Interesse an einem neutralen Gesamtstaat, denn sie hatten den wichtigeren Teil unter ihrer Kontrolle und hätten der Sowjetunion Zugeständnisse bei der Schaffung eines Gesamtstaates machen müssen. Aber das Volk wünschte eine Vereinigung.

Die Idee der Volksabstimmung war bei den deutschen Politikern mehrheitlich positiv verankert. Das zeigt sich z.B. daran, dass Volksabstimmungen in allen damaligen Bundesländern in fortentwickelter Form vorgesehen wurden. Trotzdem wurde die Möglichkeit der [Volksabstimmung im Grundgesetz nicht vorgesehen](#). Denn die deutschen Politiker wollten nicht Gefahr laufen, ihr Gesicht dadurch zu verlieren, dass sie einen vom Volk klar geäußerten Willen wegen der Interessen der Alliierten nicht umsetzen konnten.

Die in späteren Jahren beliebte Erklärung, ominöse "Weimarer Erfahrungen" seien der Grund für diese Entscheidung gewesen, (so jüngst auch wieder Bundespräsident Steinmeier) ist falsch. Von den Volksabstimmungen der Weimarer Republik führte wegen der hohen Quoren keine einzige zum Erfolg; so blieben sie ohne Einfluss auf den Lauf der Geschichte.

Die Formulierung im Grundgesetz "... hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben" ist inhaltlich falsch, denn das deutsche Volk hat bis heute nicht darüber abgestimmt.

Auch im Interview mit Ken Jebsen legt Paul Schreyer auf der Basis seines neuen Buches ["Die Angst der Eliten – Wer fürchtet die Demokratie?"](#) den vorstehenden Aspekt dar (Video; 0h54 bis 1h01 von insgesamt 1h35).

[Paul Schreyer, Jg. 1977](#), Autor ("*Wir sind die Guten, Ansichten eines Putinverstehers*"; "[Wer regiert das Geld?](#)") und freier Journalist, u.a. für die Online-Portale 'Telepolis', 'NachDenkSeiten' und 'Global Research'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Helmut Lorscheid: **Change.org oder Bundestag?**

In den Länderparlamenten und im Deutschen Bundestag gibt es Petitionsausschüsse, an die sich jeder wenden kann. In diesen Ausschüssen sitzen meist engagierte Abgeordnete, die sich für die Petenten und ihre Anliegen interessieren und auch einsetzen. Dass die Petitionsausschüsse durchaus hilfreich wirken können - das war mal allgemein bekannt, scheint aber zunehmend in Vergessenheit zu geraten. [Die Gesamtzahl der Petitionen an den Bundestag sinkt](#), auch wenn die Online-Petitionen deutlich steigen.

Wesentlich präsenter in der breiten Öffentlichkeit sind Online-Plattformen wie 'Change.org', bei denen man sich mit paar Klicks für "eine gute Sache" einsetzen kann, viel schneller und unkomplizierter als auf der Website des Bundestagsausschusses. Sicherlich auch deshalb haben die Online-Plattformen die Nase vorn. Allein bei 'Change.org' sind doppelt so viele Deutsche registriert wie beim Petitionsausschuss. Die bei Online-Plattformen registrierten Petenten nehmen in Kauf, dass ihre personenbezogenen Daten vielfältig und nicht transparent für Geschäftszwecke benutzt und weitergereicht werden.

Die Einreichung einer Petition im Bundestag ist kostenlos und bietet im Unterschied zu 'Change.org' und den anderen Online-Plattformen den Vorteil, dass sich Abgeordnete auch dann um das in der Petition geschilderte Anliegen kümmern, wenn es keine breite Öffentlichkeit mehr gibt - weil längst ein anderes Aufreger-Thema Medien und Öffentlichkeit beschäftigen. Bei einer Petition an den Bundestag genügt übrigens eine einzige Unterschrift unter einer Petition, damit

sich der Petitionsausschuss mit dem Thema befasst. Petitionen von Online-Plattformen haben nichts mit dem Petitionswesen des Bundestages zu tun.

Das Problem bei den Bundestagspetitionen ist, dass nicht alle öffentlichen Petitionen aus nicht nachvollziehbaren Gründen das Licht der Welt nicht oder mit wochenlangem Verzögerung erblicken. Zudem dauern die einzelnen Petitionsverfahren recht lang, deren Behandlung im Petitionsausschuss ist mit hohen Quoren verbunden und geschieht ohne Öffentlichkeit.

[Helmut Lorscheid](#), freier Journalist. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Guy Mettan: **Die Geschichte einer Medienkampagne: Die Genfer Affäre um die syrischen Weißhelme**

Als Guy Mettan, der Präsident des Schweizer Presseclubs, eine Informationsveranstaltung über die Weißhelme organisieren will, gerät er ins Kreuzfeuer verschiedener Organisationen, darunter auch von "Reporter ohne Grenzen". Es gerät zu einer regelrechten Kampagne mit dem Ziel, die Veranstaltung zu verhindern.

Mettan beschreibt in seinem Artikel ausführlich, wie [versucht wird, eine unabhängige Berichterstattung und Aufklärung zu verhindern](#) und welche Akteure sich dafür hergeben. Zum Glück hat er nicht nachgegeben. Es ist ganz wichtig zu wissen, wie er das gemacht hat: Er hat sich Unterstützung geholt und mit offenen Karten gespielt.

Außerordentlich aufschlussreich ist auch die Benennung der verschiedenen Etappen der Einschüchterung, die er am Ende seines Artikels zitiert. Die Forscherin Anne Morelli hat darüber gearbeitet und sie systematisch erfasst: Man kann diese Etappen-Vorgehensweise in allen gesellschaftlichen und politischen Bereichen vorfinden. Jeder sollte diese Vorgehensweise kennen und sie im jeweiligen Fall erkennen.

Einen ersten kurzen Bericht zu diesem Vorgang hatten wir bereits im Dezember 2017 verlinkt: [SwissPropaganda: Die Grenzen der Pressefreiheit](#). Der Artikel von Mettan kann auch als Ergänzung zu [Swiss Propaganda Research: Die Logik imperialer Kriege](#) in der Juni-Ausgabe des Bürgerbriefs gesehen werden. (Red.)

Die kritische Sicht von Mettan zu den Weißhelmen bestätigt u.a. auch Jens Bernert in seinem Artikel "[Die Lügen der Weißhelme](#)". Dies hindert die deutsche Bundesregierung nicht daran, die [Weißhelme finanziell zu unterstützen](#). (Red.)

[Inhalt](#) ↑